



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3111

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

28.08.19

Datum

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|---|--------------|----------------------|-------------------|
| Personal- und Organisationsaus- schuss | 10.10.2019 | Beratung | öffentlich |
| Rat der Stadt Leverkusen | 10.10.2019 | Entscheidung | öffentlich |

Betreff:

Verzicht auf geschlechtergerechte Sprache
- Antrag der Gruppe PRO NRW vom 21.08.19

Anlage/n:

3111 - Antrag

PRO NRW-Ratsgruppe

Gartenstraße 3, 51379 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1

51373 Leverkusen

Per E-Mail:

sitzungsdienst@stadt.leverkusen.de

Leverkusen, 21.08.2019

Aufruf gegen „Gender-Unfug“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien.

Der Stadtrat möge beschließen:

Sämtliche von Stadtrat in der Vergangenheit beschlossene Regelungen, die eine „geschlechtergerechte Sprache“ zum Gegenstand haben, werden außer Kraft gesetzt.

Ebenso wird die Verwaltung beauftragt, sämtliche diesbezügliche Regelungen, die sie erlassen hat, ebenfalls außer Kraft zu setzen.

Begründung:

Seit unzähligen Jahren wird die vermeintlich „geschlechtergerechte Sprache“ praktiziert. In den meisten Behörden und öffentlichen Einrichtungen wurden Richtlinien und Leitfäden zur Umsetzung dieser Sprachregelung erarbeitet, die immer absurdere Sprachregelungen hervorbrachten.

Spätestens nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, das es nicht nur zwei, sondern auch weitere Geschlechter gibt, die dann auch sprachlich umgesetzt werden müssten, ist die Rückkehr zur normalen Sprache Goethes und Schillers überfällig.

Dies hat den Verein Deutsche Sprache (VDS) und prominente Publizisten und Schriftsteller veranlasst, zum Kampf gegen die vermeintliche „geschlechtergerechte Sprache“ aufzurufen.

PRO NRW-Ratsgruppe

Gartenstraße 3, 51379 Leverkusen

Aus Sorge um die „zerstörerischen Eingriffe in die deutsche Sprache“ wenden sich die hundert Erstunterzeichner vor allem aus Wissenschaft, Medien und Kultur in einem „Aufruf zum Widerstand“ unter dem Titel „Schluss mit dem Gender-Unfug!“ an die Öffentlichkeit. Unter den Initiatoren des Aufrufs sind die Schriftstellerin Monika Maron, der Sprachkritiker Wolf Schneider, der frühere Präsident des deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus sowie der VDS-Vorsitzende Walter Krämer.

Diese führen in ihrem Aufruf folgendes aus:

„Die sogenannte gendergerechte Sprache beruht erstens auf einem Generalirrtum, erzeugt zweitens eine Fülle lächerlicher Sprachgebilde und ist drittens konsequent nicht durchzuhalten. Und viertens ist sie auch kein Beitrag zur Besserstellung der Frau in der Gesellschaft“.

Der grundlegende Irrtum liegt darin, dass es keinen Zusammenhang zwischen den natürlichen und dem grammatischen Geschlecht gibt. Beispiel: Der Löwe, die Giraffe, das Pferd. Bei den Genannten (und allen anderen) Tierarten gibt es zwei Geschlechter (möglicherweise noch ein Drittes und weitere).

Die Gender-Sprache erzeugt eine „Fülle lächerlicher Sprachgebilde“ – teilweise versehen mit Unterstrichen und Gender-Sternchen, die sich jedoch sprachlich nicht umsetzen lassen. Doch selbst bekennende Gender-Sprecherinnen setzen die geschlechtergerechte Sprache nie konsequent um.

In Leverkusen gibt es bislang keinen „Bürgerinnen- und Bürgermeister“. Es wurden zwar in der StVO aus Radfahrern die Radfahrenden, aus Fußgängern die zu Fuß gehenden und aus Fahrern die Fahrzeug führenden. Andererseits gibt es in Leverkusen immer noch keine Fußgängerinnen- und Fußgängerzonen und keine Bürgerinnen- und Bürgersteige. Ebenso wenig wie eine Führerin- und Führerscheinstelle. Die Senioren werden vor Betrügern gewarnt, die den Enkeltrick anwenden, obwohl es sich bei den Betrügern meist um Enkelinnen handelt.

In jedem TV-Werbespot zu Medikamenten wird dazu aufgerufen zu Risiken und Nebenwirkungen den Arzt oder Apotheker zu fragen – Ärztinnen und Apothekerinnen werden offensichtlich als nicht hinreichend kompetent angesehen.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass der Aufruf des Vereins Deutsche Sprache überfällig ist, und dass das Experiment der vermeintlich geschlechtergerechten Sprache endlich beendet werden muss.

Die Stadt Leverkusen sollte hiermit mit gutem Beispiel vorangehen und alle entsprechenden Regelungen unverzüglich außer Kraft setzen.



Markus Beisicht

PRO NRW-Ratsgruppe